Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1539 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 155. Dienstag, 7. Juli 1925, abends. **78. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 5/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der 5jährige Gedenktag der ostpreußischen Abstimmung.

In Ostpreußen und im ganzen Reich trifft man Vorbereitungen, um den 5. Gedenktag der Abstimmung im südlichen Teil Ostpreußens, im Regierungsbezirk Allenstein, und in den westpreußischen Bezirken Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg würdig zu begehen. Die ost- und westpreußischen Heimatvereine werden dafür sorgen, daß das ganze deutsche Volk sich der Bedeutung dieses Tages bewußt wird. Der 11. Juli 1920 war ein Sieg des deutschen Volksbewußtseins und des unzerbrechlichen Zusammengehörigkeitsgefühls der Ost- und Westpreußen mit dem Deutschen Reich und Volke. Mit Stolz werden wir uns auch am 11. Juli der Tatsache erinnern, daß 97,5 v. H. deutsche Stimmen im Abstimmungsgebiet Allenstein und 92,5 v. H. im Abstimmungsgebiet Marienwerder abgegeben wurden. Damit war klar erwiesen, daß die in Frage kommenden Gebiete „unzweifelhaft deutsche Gebiete" sind. Diese Feststellung rief in der ganzen Welt eine gewaltige Ueberraschung hervor. Hatten doch die Polen es verstanden, mit Hilfe gefälschter Karten und Statistiken in Paris den Eindruck hervorzurufen, als ob die genannten Gebiete polnisch und insbesondere die Masuren polnischer Abstammung seien. Besonders die Tatsache, daß die von den Polen stärkstens umworbenen Masuren ohne Ausnahme für Deutschland gestimmt hatten, rief in Deutschland freudige Erregung hervor. Denn nun konnte niemand mehr fälschlich behaupten, daß die Masuren keine Deutschen, sondern Polen seien. Die Kraft der deutschen Kultur und des deutschen Gedankens hatte sich als stärker erwiesen als alle Propaganda-, Verdrehungs- und Verhetzungskünste der Polen.

Man hört wohl heute manchmal die Meinung äußern, daß die Aufregung von damals überflüssig gewesen wäre, es habe sich ja gezeigt, daß die Abstimmungsgebiete treu zu Deutschland halten. Dieser Meinung muß man entgegenhalten, daß der deutsche Sieg unter denkbar ungünstigen Umständen erfochten wurde. Krieg und Kriegsnöte waren auf die ostpreußische Bevölkerung in schwerster Weise hereingestürmt. Der unglückliche Ausgang des Krieges war geeignet, auf die Bevölkerung Ost- und Westpreußens stimmungsverwüstend einzuwirken. Deutschland lag am Boden und war eine Beute aller zerstörenden und chaotischen Kräfte. Posen und ein großer Teil Westpreußens waren dem Reiche bereits entrissen. Weitere Uebergriffe schienen keineswegs ausgeschlossen. Polen dagegen erschien als die aufsteigende Macht und verstand es auch, diesen Eindruck in der Bevölkerung hervorzurufen. Es arbeitete mit allen Mitteln der Beeinflussung, mit Drohungen und Versprechungen und hoffte so vor allen Dingen die Masuren, die „unerlösten polnischen Brüder" mit Leichtigkeit gewinnen zu können. — Trotz alledem wurde der deutsche Sieg errungen und Polen bitter getäuscht. Die ost- und westpreußische Bevölkerung hatte ihren alten Ruf aufs Neue bewiesen, daß keine Schicksalsschläge und Enttäuschungen im Stande sind, die Widerstandskraft dieses zähen deutschen Stammes zu brechen.

Diese Zähigkeit der Ost- und Westpreußen gibt uns die berechtigte Hoffnung, daß sie auch weitere Stürme und Angriffe auf ihr Heimatland abweisen werden. Denn es ist leider sicher, daß das Ende ihrer Leidenszeit noch nicht gekommen ist. Die Polen richten heute ihre begehrlichen Blicke nicht nur auf diese ehemaligen Abstimmungsgebiete, sondern auf ganz Ostpreußen. Ueber den Ernst der polnischen Bestrebungen ist kein Zweifel. Um sein Ziel zu erreichen, hat sich Polen ein eigenes System zurechtgemacht. Es sucht Ostpreußen wirtschaftlich so zu drosseln, daß seine Wirtschaft aus den Zusammenhängen mit dem Reich gelöst wird, und sich zwangsläufig in die polnische Wirtschaft einfügen muß.

Polen versucht zur Erreichung seines Zieles u. a. weiterhin, die Masuren trotz allem für sich zu gewinnen. Der geistige Kampf um die Erhaltung Ostpreußens beim deutschen Volke und Reich wird also weitergehen. An die geistige und wirtschaftliche Widerstandskraft der Ostpreußen werden nach wie vor große Anforderungen gestellt werden. Die Wiederkehr des Abstimmungstages muß daher eine neue Bekundung des Treugelübdes aller Masuren, Ermländer und Westpreußen zum Reich und des Reichs zu Ostpreußen und zugleich ein scharfer Protest gegen die polnischen Annektionsgelüste werden.

Amundsens Pläne.

)(Oslo. Gegenüber einem Vertreter von Sjöfarts Tidende erklärte **Amundsen**, daß er sich die Aufgabe gesetzt habe, über das Polgebiet nach Alaska zu fliegen. Er hoffe mit der Zeit dieses Ziel erreichen zu können. Auf die Frage ob für seine Pläne ein Luftschiff oder ein Flugzeug infrage käme, antwortete Amundsen, darüber könne er sich noch nicht äußern. Die Aufgabe liege darin, die großen unbekannten Gebiete zwischen Alaska und Spitzbergen zu erforschen. Eisworen erklärte, er sehne sich nach dem arktischen Gebiet. Er würde jedoch dorthin niemals mit einem Flugzeug zurückkehren. Luftschiffe aber seien verwendbar. Feucht äußerte sich dahin, daß er niemals mehr an einer Flugzeugexpedition ins Polargebiet teilnehmen werde, da es keine Landungsplätze gebe. Aber er sei der Ansicht, daß Luftschiffe sich sehr gut für derartige Expeditionen eignen. Omdal sagte, er würde gern wieder eine Expedition mitmachen, am liebsten mit einem Zeppelin.

Abd-el-Krim greift an.

Vor kurzem hatten die Franzosen noch beruhigende Bulletins aus Marokko verbreitet, wonach jetzt voraussichtlich eine ruhigere Periode beginnen sollte, da die Eingeborenen erst einmal ihre Ernte einbringen wollten. **Abd-el-Krim** aber, der Führer der Mistabylen, hat sich in seiner rebellischen Art nicht an dieses Programm gehalten, sondern einen **Vorstoß gegen die französische Front** unternommen, der teilweise zu einem Durchbruch geworden ist. Der amtliche Frontbericht der Franzosen weiß freilich bisher davon noch nichts, sondern ist kurz und inhaltslos wie seine Vorgänger und Vorbilder. Aber die offiziöse „Agentur Radio" muß bereits eine ganze andere, und zwar eine **recht bedenklich klingende Darstellung** verbreiten. Eine Reihe von Stämmen sei abgefallen oder im Abfall begriffen, da die Franzosen den versprochenen Schutz der Ernte nicht haben durchführen können. Die Initiative liege zur Zeit bei Abd-el-Krim, und wenn nicht eine starke französische Gegenoffensive einsetze, dann werde die **Hauptstadt Fez ernstlich bedroht** sein.

Die franzosenfreundliche „Daily Mail" **verstärkt** diese Darstellung noch durch eigene düstere Meldungen: marokkanische Truppenteile seien durch die französische Front hindurch nach vorne gedrungen, einzelne französische Posten würden belagert und die ganzen rückwärtigen Verbindungen der Franzosen seien so bedroht, daß diese gar keinen bestimmten Feldzugsplan ausarbeiten könnten. Das Kabinett Painlevé, das der Linksopposition eine baldige friedliche Beilegung des Marokkokrieges versprochen hatte, befindet sich nun in einer schwierigen Lage. Es darf die militärischen Sorgen nicht verheimlichen, weil es nur dann von der Kammer neue Kredite erhält, die bereits angekündigt werden. Die Regierung der stolzen „Siegernation" muß zugeben, daß die **französischen Truppen von einem Kabylenhäuptling ernstlich bedroht** werden, weil nur unter dieser Voraussetzung eine wesentliche Verstärkung auch der Kolonialarmee durchzusetzen sein wird. Auch der Wechsel im Oberbefehl hängt damit zusammen. Man meldet bereits, daß der General Targe künftig die militärischen Operationen in Marokko leiten und daß der Marschall Lyautey nur noch das Amt des Zivilgouverneurs beibehalten werde. Ob die französischen Sozialisten trotz alledem die neuen Kredite für den Krieg bewilligen werden, ist noch sehr fraglich. Vielleicht mißtrauen sie dem Tätigkeitsdrang der französischen Kolonialoffiziere und glauben nicht daran, daß Abd-el-Krim solche kriegerische Initiative entwickeln würde, wenn man ihm Gelegenheit zu einem anständigen Friedensschluß böte. Aber die Mehrheit der Kammer und des Volks in Frankreich dürften sich doch von dem Rasseln der Trommel locken lassen, und das könnte für eine Regierungsumbildung und damit für die weitere Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses von erheblicher Bedeutung werden.

Der Lagebericht aus Marokko.

Paris. (Funkspruch.) Havas meldet aus Rabat, der amerikanische Bericht vom 6. Juli über die Kämpfe in Marokko sagt, daß die allgemeine Lage dank der durch die französischen Truppen erzielten Erfolge sich gebessert hat. Der Feind soll große Verluste erlitten haben. Weiter im Osten hätten die franzosentreuen Stämme mehrere Einbrüche gegen Saka unternommen, wo sie das Riffeldlager in Brand gesteckt hätten. Diese lebhafte Aktion habe den Erfolg gehabt, daß mehrere Stämme, die bereits zu den Dissidenten übergehen wollten, wieder in die französische Kampfzone einrücken.

General Naulin Oberbefehlshaber der marokkanischen Streitkräfte.

Paris. (Funkspruch.) Zum Oberbefehlshaber der marokkanischen Streitkräfte ist der Kommandant des 30. Armeekorps am Rhein **General Naulin** ernannt worden. Wie der Matin berichtet, hat General Guillaumat, der allgemein als der für den neugeschaffenen Posten am meisten in Aussicht genommene General bezeichnet wurde, das Anerbieten abgelehnt.

Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Die entscheidende Sitzung in Paris.

)(Berlin. Die Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Delegierten über den deutsch-französischen Handelsvertrag sind bekanntlich ins Stocken geraten. Montag abend sollte in einer Unterredung zwischen dem französischen Handelsminister und dem Führer der deutschen Delegation vereinbart werden, **ob es Zweck habe, im Herbst die Verhandlungen schon wieder aufzunehmen, oder sie bis zum Frühjahr zu vertagen, also bis nach Fertigstellung des neuen französischen Zolltarifs. Wenn sich in dieser Unterredung gestern abend eine günstige Wendung nicht ergibt, so wird es Tatsache werden, daß die bisher sehr schwierigen und langen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich als vorläufig gescheitert anzusehen sind.**

Frankreich war nicht zu bewegen, in den für Deutschland besonders erheblichen Positionen **(Textilwaren, den Waren der chemischen Industrie und elektrotechnischen Erzeugnissen)** genügende Konzessionen zu machen. Diese Positionen waren immer der wunde Punkt im deutschen Handelsvertragsverhältnis zu Frankreich. Ein Handelsvertrag, der nicht die Exportfähigkeit der genannten Industrien verbürgt, hat für Deutschland keinerlei Sinn. **Frankreich verlangte vor allen Dingen Einfuhr seines Weines und seines Eisens.** Mit Rücksicht auf die schwere Schädigung unserer Winzerschaft, die bereits unter dem deutsch-spanischen Handelsvertrag schwer leidet, und mit Rücksicht auf die sich ergebenden parlamentarischen Schwierigkeiten aus der Gestattung einer umfangreichen Weineinfuhr war Deutschland hier mit Recht Frankreich nicht sehr weit entgegengekommen. Es ist für Deutschland auch keineswegs leicht, hier entgegenzukommen, zumal die Absatzfähigkeit Deutschlands für Weine durch die Ereignisse der letzten Jahre zum mindesten nicht gestiegen ist.

Von amtlicher Stelle wird bestätigt, daß die Pressemeldungen zutreffend sind, wonach die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nicht nur auf dem toten Punkt angekommen sind, sondern auch wenig Aussicht vorhanden ist, bei der Einstellung der französischen Regierung die Verhandlungen in absehbarer Zeit wieder in Fluß zu bringen.

Die privaten Verhandlungen mit der französischen Industrie gehen weiter.

)(Berlin. Zu der Frage, ob mit der Vertagung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen auch automatisch eine Vertagung der privaten deutsch-französischen Industriebesprechungen verbunden sei, erklärt die „Vossische Zeitung" aus beteiligten Kreisen, eine derartige Notwendigkeit bestehe nicht. Mutmaßlich werden diese Verhandlungen, die Ende dieses Monats in Paris stattfinden sollen, auch weiterhin fortgeführt werden.

Die Kampfzölle gegen Polen in Kraft.

)(Berlin. Die **deutschen Gegenmaßnahmen** zur Erwiderung auf die polnischen Kampfzölle sind gestern in **Kraft getreten.** Die Maßnahmen werden, wie angenommen wird, die polnische Einfuhr ebenso stark drosseln, wie das Polen schon seit mehreren Tagen mit der deutschen Einfuhr tut.

Der Kampf um den Finanzplan.

vdz. Berlin. Der **Steuerausschuß des Reichstags** führte gestern die Beratung des Gesetzentwurfs über den **Finanzausgleich** fort. Nach der Regierungsvorlage sollen gemäß Paragraph 29 von dem **Aufkommen an Einkommensteuer und an Körperschaftssteuer** vom ersten Oktober 1925 ab **die Länder dreiviertel erhalten.**

Abg. Dr. **Fischer**-Köln (Dem.) beantragte das gegenwärtige Beteiligungsverhältnis bis zum 31. März 1926 aufrechtzuerhalten. Hierzu führt Reichsfinanzminister v. Schlieben aus: Der Paragraph 29 legt das Beteiligungsverhältnis an der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer fest. Er bildet das Kernstück. An der Beteiligung des Reichs in Höhe von einem Viertel des Aufkommens darf nicht gerüttelt werden. Vielleicht kann in Erwägung gezogen werden, den Ländern und Gemeinden durch Erhöhung der Beteiligung an der Umsatzsteuer einen Ausgleich zu gewähren.

Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium erklärte, der Antrag des Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.), das gegenwärtige Beteiligungsverhältnis bis zum 31. März 1926 aufrechtzuerhalten, sei für die Reichsregierung unannehmbar. Der Herr Reichsfinanzminister hat wiederholt erklärt, daß das Reich vom 1. Oktober 1925 ab 25 Prozent des Aufkommens in Anspruch nehmen muß. Hieran müsse festgehalten werden. Auch werde eine Aenderung des Beteiligungsverhältnisses in den Reichshaushalt Unordnung bringen.

Die Vertreter des preußischen Finanz- und Innenministeriums betonten, daß die Länder schon vom Frühjahr 1924 den Standpunkt mit allem Nachdruck vertreten hätten, daß mit Rücksicht auf eine geordnete Etatsaufstellung und Finanzgebarung in Ländern und Gemeinden der vorläufige Finanzausgleich auf ein ganzes Rechnungsjahr abgestellt werden müsse. Die Länder hätten sich vorbehalten, an der Beteiligung von neunzig Prozent an der Einkommensteuer festzuhalten. Nun wolle das Reich nicht nur das Beteiligungsverhältnis an den beiden Steuern mitten im Etatsjahr verschieben, sondern auch per saldo weniger gewähren. Der Reichsfinanzminister erklärte: Die Länder hätten gewußt, daß in der Inanspruchnahme von einem Viertel an Einkommensteuern und der Körperschaftssteuer für das Reich das Kernstück der Vorlage liege. Wenn die Länder darauf drängten, die bisherige Beteiligung für das ganze Rechnungsjahr aufrechtzuerhalten, so gehe ihre Hoffnung offenbar dahin, diese Beteiligung für die Dauer zu behalten. Gerade darum müsse die Reichsregierung dem Antrage entgegentreten.

Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium betonte nochmals, daß das Reich seinen Standpunkt von Anfang an unzweideutig zum Ausdruck gebracht habe. Wenn Preußen bei der Regelung seines Verhältnisses zu den Gemeinden dem Standpunkt des Reiches nicht Rechnung getragen habe, so müsse Preußen das verantworten.

Angenommen wurde der Antrag der Regierungsparteien, daß die Länder und Gemeinden vom 1. Oktober 1925 bis 31. März 1926 von dem Aufkommen an Umsatzsteuer fünfunddreißig Prozent und vom 1. April 1926 ab dreißig Prozent erhalten sollen.

Nach längerer Aussprache einigte sich der Ausschuß auf folgende vom Abg. Brüning (Ztr.) vorgeschlagene Fassung:

Die Länder sind berechtigt, den Gemeinden die ihnen zustehenden Anteile an der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer im Rechnungsjahr 1926 zu kürzen, wenn der Bedarf einer Gemeinde, der aus Steuern, sonstigen Abgaben und Ueberschüssen der Betriebsverwaltungen zu decken ist, unter Berücksichtigung der ihnen durch die dritte Steuernotverordnung übertragenen Aufgaben auf sozialem Gebiete und der sonstigen wesentlich. Veränderungen in den Verhältnissen der Gemeinden überhaupt sowie des allgemeinen Teuerungsfaktors dem entsprechende [illegible] darf [illegible] 19 v. H. übersteigt.